

Bezugspreis:

Für den Monat August 20.— M., ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Montag, den 7. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Londoner Reparationskonferenz.

London, 7. August. (WTB.) Der politische Mitarbeiter der „Westminster Gazette“ schreibt: Wie ich höre, hat man auf britischer Seite ein Moratorium für zwei Jahre vorgeschlagen.

„Temps“ läßt sich aus London mitteilen, die englische Regierung werde bei Beginn der Konferenz des Obersten Rats am 7. den Antrag der englischen Delegierten in der Reparationskommission Sir John Bradbury vorlegen.

Auf Grund der gegenwärtigen Finanzlage Deutschlands und des Zusammenbruchs der Mark ist die Reparationskommission der Ansicht, daß es notwendig geworden ist, für den Rest des Jahres 1922 alle auf Grund der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage von Deutschland in ausländischen Devisen zu leistenden Barzahlungen zu suspendieren.

laufenden Moratoriums) wird als Bestandteil dieser Entscheidung mit in Erwägung gezogen werden.

In ihrer Sitzung vom 3. August hat die Reparationskommission mit drei Stimmen gegen eine Stimme beschlossen, die Beratung dieses Planes bis nach der Londoner Konferenz aufzuschieben.

Zusammentritt des Obersten Rats.

London, 6. August. (WTB.) Die Mitglieder der französischen, der belgischen und der italienischen Delegation zur Reparationskonferenz sind heute abend in London eingetroffen.

Der Londoner Berichterstatter des „Parisien“ meldet, daß die belgischen Minister Theunis und Jaspars gestern eine längere Unterredung mit Lloyd George gehabt haben.

Alle Versuche, eine Unterredung mit Poincaré zu erlangen, sind, wie Reuters meldet, gescheitert.

„Temps“ sagt, wenn England auf den Plan Bradburys zurückgreife, bedrohe es die Interessen der französischen Gläubiger, die der Friedensvertrag gezwungen habe, sich den Ausgleichsämtern von Paris und Straßburg anzuvertrauen.

Schanzer erklärte, Italien könne nichts sagen, bevor es die britischen und die französischen Vorschläge geklärt habe. Die Reparationsfrage könne nicht erörtert werden, wofür nicht das Problem der Verschuldung gleichfalls erwogen werde.

Jaspars erklärte, ein Moratorium für die deutschen Reparation dräue, Belgien würde ganz besonders unter einem Moratorium leiden, da die diesjährigen Zahlungen sonst Belgien zugute kommen würden.

Französische Arbeit an der Saar.

Saarbrücken, 6. August.

Die Regierungskommission des Saargebietes ist entgegen der ihr im Versailler Vertrag übertragenen „Treuhänderschaft“ für Deutschland bestrebt, das Saargebiet systematisch von seinem Mutterland zu lösen.

Anlässlich der Erörterung des deutschen Außenministers Dr. Rathenau brachte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion von Saarbrücken eine Entschließung ein, in der der Nord aufs Entschiedenste verurteilt und der deutschen Republik gegenüber die Treue bekundet wurde.

Besondere Hoffnungen hat die Regierungskommission auf die künstliche Trennung zwischen Saargeborenen und Zugewanderten gesetzt. Wie zum Landesrat nur wählbar ist, wer mit Saarwasser getauft wurde, so soll auch den geborenen Saarländern bei der Besetzung freiverwendender Stellen in der Verwaltung eine Extrawurst gebraten werden.

Ich sehe mich veranlaßt, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die Regierungskommission den Wunsch hegt, daß bei der Besetzung von freigewordenen Stellen zunächst Saarländer berücksichtigt werden, soweit die Möglichkeit besteht, die Stelle mit geeigneten Saarländern zu besetzen.

Ich erlaube ergebend, darauf hinzuwirken, daß künftig bei der Besetzung freigewordener Stellen diesem Wunsche Rechnung getragen wird.

Gegen die Bevorzugung geborener Saarländer, sofern diese für ihr Amt geeignet sind, wäre von deutschem Standpunkte aus gewiß nichts einzuwenden, wenn sie eben nicht ein Stück jener Saarpolitik der Regierungskommission bilden würde, von der das Wort gilt: Man merkt die Absicht, und man wird verstimmt!

Gewiß wird die Regierungskommission nicht versäumen, bei ihrer vorgelegten Behörde, dem Völkerbund in Genf, den Eindruck zu erwecken, daß sie sich der eingeborenen Saarländer mit rührender Sorge annähme.

Wenn die Regierungskommission ein so warmes Interesse für die Saargeborenen vorgibt, sollte sie erst selber die Grundzüge beachten, die sie der Stadtverwaltung Saarbrücken vorschreibt, und nicht Beamte in das Saargebiet holen, die kaum der deutschen Sprache mächtig und wo anders kaum zu brauchen sind.

Man kann bedauern, daß gewisse Beamte ungeschickt ausgewählt wurden und daß das Saarland in einem gegebenen Augenblick die Ablagerungsstätte wurde für die Elemente, die sich in der französischen Verwaltung des Elsaß verbrachten hatten.

„Besserwirtschaft!“ duldet.

Poincarés Gewaltmaßnahmen.

Die Antwort der französischen Regierung auf die gestern überreichte deutsche Note wegen des Ausgleichsverfahrens ist inzwischen im Wortlaut bei der deutschen Regierung eingegangen.

In Beantwortung Ihres Schreibens von heute beehre ich mich Ihnen bekanntzugeben, daß in Anbetracht dessen, daß die Mitteilung der Deutschen Regierung nur einen dilatorischen Charakter hat, die Regierung der Republik folgende Beschlüsse zur Sicherstellung ihrer Ansprüche gefaßt hat:

1. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben.

2. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Zahlung von Entschädigungen für Rechnung der Deutschen Regierung auszusparen, die in Anwendung des Artikels 297c des Vertrages von Versailles geschuldet werden.

3. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Mitteilung an das deutsche Ausgleichsamt über den Erlös aus Liquidationen deutschen Eigentums in Frankreich auszusetzen.

4. Der Generalkommissar der Republik in Straßburg wird aufgefordert, bis auf weiteres die Ausfuhr des unter das französische Abkommen vom 15. November 1919 fallenden deutschen Mobiliars auszusetzen.

5. Im Departement Moselle, Haut-Rhin und Bas-Rhin werden sofort Maßnahmen zwecks Sicherstellung ergriffen.

Falls die verschiedenen Maßnahmen zur prompten Regelung der Frage nicht ausreichen, werden sie durch weitere progressive Maßnahmen ergänzt werden.

Über die Anwendung von Bergelungsmassnahmen liegen offizielle Berichte noch nicht vor. „Deutscher“ will wissen, daß sechs deutsche Staatsangehörige aus dem Elsaß ausgewiesen werden, die Anhänger der deutschen Politik sind.

verkauft, um mit seinen Brüdern nach Deutschland übersiedeln und hier eine neutralistische Zeitung herauszugeben. Das Pressebureau des Oberkommissars von Elsaß-Lothringen hat, wie der „Matin“ meldet, mitgeteilt, daß nach der Entscheidung vom 5. August die Banken und Finanzinstitute jeder Art in Elsaß-Lothringen nicht mehr berechtigt sind, Personen deutscher Staatsangehörigkeit Wertpapiere und Gelder, die in den Banken und Kreditanstalten niedergelegt sind, oder deren Zinsen auszuhändigen, gleichviel zu welchem Zeitpunkt die Niederlegung erfolgt sei.

Kabinettsitzung über die Retorsionen.

Das Kabinett wird heute nachmittag zu einer Sitzung über die von Poincaré vorgenommenen Retorsionen zusammentreten. Die Retorsionsansprüche Frankreichs sind der Rechtsabteilung des auswärtigen Amtes zur Prüfung überwiesen worden, der Bericht dieser Abteilung wird wahrscheinlich in der heutigen Kabinettsitzung vorgelesen.

Neuer Kurs in Polen?

Ministerpräsident Nowak und das Deutschsein.

Warschau, 6. August. (TL.) Der zweite Vorsitzende der deutschen Sejmfraktion, Joseph Spickermann (Lodz), und Abgeordneter Heile (Dirschau) wurden gestern vom Ministerpräsidenten Dr. Nowak empfangen. Während der eingehenden Besprechung der Note der deutschen Minderheiten Polens wurden namens der deutschen Sejm-Bereinigung sechs Punkte aufgestellt, welche Ministerpräsident Nowak, als der oberste Vertreter der neuen Regierung, zur Kenntnis nahm.





